

gung bereits erteilt war. Zwischen Lipp und Reichesbrand mußte also etwas paßiert sein, und das war der Besuch Parker Gilbert im Schagami. Herr Gilbert hat jedenfalls dem Leiter des Washingtoner Schagamis einen Hieb ins Ohr gegeben durch den Hinweis auf Artikel 248 des Versailles-Vertrages, kraft dessen für die Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen neben dem Vermögen des Reiches auch das der Länder haften; eine so große Verschuldung der Länder gefährde die Dawes-Zahlungen. Die Frage, ob der Generalagent berechtigt sei, auf den Abschluß von deutschen Auslandsanleihen Einfluß zu nehmen, ist gleich bei der ersten beratenden Finanzkonferenz von amerikanischer Seite grundsätzlich dahin entschieden worden, daß eine solche Entscheidung auszusprechen sei. Dieser Standpunkt wurde damals begründet mit dem Hinweis, daß der genannte Artikel des Versailles-Vertrages überholt sei durch den Dawes-Plan, der in präziser Weise die deutsche Lastung für die Tributzahlungen neu geordnet und sie auf Industrie, Eisenbahn, Tabak, Zucker, Bier, Branntwein und Verkehrsteuern beschränkt habe. Das schließt allerdings nicht aus, daß in der Zwischenzeit, zumal mit Rücksicht auf die scharfe Kritik, die der Generalagent in seinem letzten Bericht an der deutschen Finanzpolitik geübt hat, in Amerika ein Umschwung in der Auffassung eingetreten ist, der zu einer Befreiung des Einpruchsrechtes des Generalagenten geführt haben könnte. Ein sühnendes deutsches Mandatblatt weiß zu berichten, daß tatsächlich an leitender amerikanischer Stelle eine Stimmung herrsche, auf Grund deren einzelne amerikanische Käufer ihren deutschen Geschäftsfreunden mitgeteilt hätten, die Beteiligung an Anleihen deutscher Länder und Gemeinden erlaube in Washington für längere Zeit unerwünscht.

Nur Kennzeichnung der Lage muß auch von der Berlin-Nota genommen werden, daß die vorläufige Nichtgenehmigung der Freshen-Anleihe auf den Wunsch oder Hinterrückgang der deutschen Kreise zurückzuführen sei. Man zielt damit auf die Reichsbankleitung und gewisse einflussreiche wirtschaftliche Interessengruppen, die aus ihrer Mißbilligung der von den Ländern und Gemeinden betriebenen Finanzpolitik kein Hehl machen. In der Behauptung, daß Herr

Parker Gilbert von dieser Seite zu seinem Vorgehen aufgemunt worden sei, liegt aber so viel anachronistische Tendenz, daß man den Verdacht sofort erkennt. Es ist doch wirklich unerhörte, daß man Herrn Dr. Schacht, diesem aufrechten und charaktervollen Mann, unterzuschieben mag, er intrigiere im Einverständnis mit ausländischen Stellen gegen ein deutsches Mandat. Wenn er nach Pflicht und Gewissen im engeren Kreise der Beratungskonferenz gegen die Anleihe Stellung genommen hat, so gehört schon ein ganz besonders Maß von Unbilligkeit dazu, um aus diesem einfachen Tatbestande ein heimliches Zusammenwirken mit dem Vertreter der Dawes-Mächte zu folgern. Er hat wirklich recht weit in der politischen Verantwortungslage gekommen, wenn so etwas möglich ist. Der Generalagent hat ohne Frage ganz aus eigener Initiative gehandelt, auf Grund dessen, was er im Rahmen des ihm übertragenen Amtes für seine Pflicht hält. Im übrigen duddel es seinen Zweifel, daß die Finanzpolitik der Länder und Gemeinden wirklich kritischen Beanstandungen unterliegt und reformbedürftig ist. Ebenso steht es fest, daß die Reichsbankleitung bei den Maßnahmen, die sie zur Aufrechterhaltung der Währung für notwendig erachtet, die Pflicht hat, gegebenenfalls auch den Mut zur Unpopulartät zu entwickeln. Dann wird man aber denen recht geben müssen, die der Ansicht sind, daß es einseitig sei, zur Erzielung einer sachgemäßen und sparsamen Finanzgebarung der Städte und Gemeinden nur die Auslandsanleihen zur Kontrolle heranzuziehen und sonst den Dingen ihren Lauf zu lassen. Gerade wer volles Verständnis für eine wirksame Ausgestaltung der Kontrollvorschriften für die Aufnahme öffentlicher Anleihen besitzt, wird nicht einsehen vermag, warum dabei ein Unterschied zwischen Inlands- und Auslandsanleihen gemacht werden soll. Es muß daher gefordert werden, daß auch die Inlandsanleihen öffentlicher Körperschaften in die Reichsbankkontrolle mit einbezogen werden, um eine sorgfältige Prüfung ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit und Produktivität zu ermöglichen. Der Anleiheleichtsinn muß unbedingt eingeschränkt werden. Das ist die sehr ernste und eindringliche Mahnung, welche die Freshen-Anleihe auch dann hinterläßt, wenn sie noch zustande kommt.

### Gefangenenerneuerung in Toulon.

Paris, 30. Sept. Im Marinegefängnis in Toulon kam es am Donnerstag zu einer schweren Meuterei. Etwa hundert Gefangene schlugen Türen und Fenster ihrer Zellen ein und nahmen gegenüber der Wache eine derart drohende Haltung an, daß Marine, Gendarmen und Militärabteilungen herbeigerufen werden mußten. In einem Saal gedrängt, mußten sich die Meuterer schließlich ergeben. Sie wurden unter harter militärischer Bewachung in das Fort Malbousquet übergeführt, wo sie ihre Aburteilung abzuwarten haben. Die Meuterer stimmten bei ihrer Verhaftung revolutionäre Slogans an und brachten Hufeisen auf den kommunistischen Abgeordneten Marto aus.

Die Meuterei in Toulon, die nach dem Bericht des „Matin“ einen ausgesprochen kommunistisch-revolutionären Charakter hatte, hat auch zu einem mehrfachen Zulassungshoch der Polizei mit der Zivilbevölkerung geführt, die sich auf die Nachricht von den Unruhen vor dem Gefängnis sammelte. Die Kunde von der Meuterei der Gefangenen im Marinegefängnis verbreitete sich rasch unter den Arbeitern der Marineerwerbstätigen, die sich nach Beendigung ihrer Arbeit vor dem Haupttor des Gefängnisses versammelten und sangen der Meuterei demonstrierend, wobei sie die „Internationale“ sangen. Polizei und Gendarmen unter dem Kommando eines Gendarmehauptmanns mußte mehrfach einschreiten, bis es ihr gelang, die Demonstranten auseinander zu jagen.

Neue Kundgebungen im Touloner Marinegefängnis  
Toulon, 30. Sept. Die Protestkundgebungen im hiesigen Marinegefängnis wurden heute früh von einigen Gefangenen wieder aufgenommen. Sie stimmten die Internationale an. Die Kundgebung war jedoch nur von kurzer Dauer.

### Amerikanische Lügenmärchen.

Berlin, 30. Sept. In amerikanischen Zeitungen findet sich die Behauptung, Dr. Stresemann habe ursprünglich aus dem Text der Tannenbergs-Rede des Reichspräsidenten die Erörterung der Kriegsschuldfrage gestrichen und er sei später über Hindenburgs Worte geradezu entsetzt gewesen. Von zuständiger Seite wird erklärt, daß diese Behauptung von A bis Z erfunden ist.

### 14 Oppositionelle aus der K. P. Rußlands ausgeschloffen.

Moskau, 29. Sept. Die Presse veröffentlicht einen Ausschuß des Präsidiums der Moskauer Kommission der Kommunistischen Partei über den Ausschluß von 14 Oppositionellen aus der Partei wegen der Bildung einer illegalen parteifeindlichen Organisation, die sie gemeinsam mit einer Gruppe parteiloser Intellektueller vornahmen, die zum Teil offen mit parteifeindlichen Elementen in Beziehungen ständen. An der Spitze dieser Organisation ständen alte Anhänger Trozki, darunter Wraschowskij, Vorsitzender eines Moskauer Trüsten, der eine Webelldruckerei leitete und den dort beschäftigten Parteimitgliedern geheime Parteidokumente sowie parteifeindliche Schriftstücke zur Verfügung stellte.

Die 14 ausgeschloffenen Kommunisten sollen vor das Parteigericht gestellt werden. Weiter wird gemeldet, daß in Odesa, Kiew und Tiflis noch ungefähr 25 Kommunisten ausgeschloffen werden. Stalin behauptet, daß mit diesem Schluß die ganze Opposition vollkommen vor den Parteimassen kompromittiert ist und daß viele die Führer auf dem Parteikonferenz nicht mehr wählen werden.

### Moskau braucht keine sozialistischen Korrespondenten.

Das Außenministerium lehnt die Einreiseerlaubnis ab.  
Berlin, 30. Sept. Der sozialdemokratische Pressedienst hatte sich vor Jahren schon an die russische Botschaft gewandt, um die Zulassung eines Korrespondenten in Moskau zu erwirken. Jetzt ist dem sozialdemokratischen Pressedienst seitens der Botschaft der russischen Botschaft mitgeteilt worden, daß das Außenministerium für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion es abgelehnt hat, einem Korrespondenten des sozialdemokratischen Pressedienstes die Einreiseerlaubnis zu erteilen.

### Neue Wehe gegen Reudell.

„Reinigkeiten“ im „Berliner Tageblatt“.  
Berlin, 30. Sept. Das demokratische „Berliner Tageblatt“, das wieder einmal durch einen wilden Hetscheldzug gegen die Deutschnationalen von sich reden macht, berichtet heute unter enormem Aufwand von Druckerchwärze, daß der Reichsinnenminister v. Reudell in seinem Ministerium nicht nur eine ausgesprochene „Vetterwirtschaft“ treibe, sondern auch eine neue „Reinigungsaktion“ vor habe, deren „Opfer“ der Referent für Flaggen- und Maßrechtsfragen, in der Ministerialrat Reisenberg, sein solle, weil er in dem Verdachte der unbedingten republikanischen Verfassungstreue stehe. Es ist sachlich nur festzustellen, daß im ganzen Reichsinnenministerium nichts davon bekannt ist, daß der Ministerialrat Reisenberg seines Postens enthoben werden soll. Diese Behauptung genügt, um die Veröffentlichung des „Berliner Tageblattes“ als das zu kennzeichnen, was sie ist: parteipolitische Hege niedriger Art.

### Die Beratung über die Strafrechtsreform.

Berlin, 30. Sept. Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform setzte heute seine Beratungen über das neue Strafrechtsgesetz bei den Bestimmungen fort, die die Begriffe „Vorjah“ und „Fahrlässigkeit“ behandeln. Bei der Erörterung der Frage, ob es zweckmäßig sei, die Bestimmungen von Vorjah und Fahrlässigkeit in das Gesetz aufzunehmen, erklärte sich Oberrechtsanwalt i. R. Dr. Ebermayer gegen die Streichung dieser Bestimmungen.  
In der Aussprache, an der sich die Vertreter fast aller Parteien beteiligten, kam seitens der Mehrheit zum Ausdruck, daß durch die im Entwurf vorgesehene Regelung die im Interesse der Rechtssicherheit äußerst unerwünschten Zweifel beseitigt würden, zu denen jetzt das geltende Recht vielfach Anlaß gebe. Der Richter werde dadurch von der schwierigen Aufgabe befreit, erst aus dem Brock und der Natur der Vorschriften zu schließen, ob nur die vorsätzliche Zuwiderhandlung strafbar ist, oder schon Fahrlässigkeit genügt. Begriffsdefinitionen im Gesetz seien notwendig, um die Willkür nicht auf, um so weniger in diesem Falle, wo die Willkür nicht auf, um so weniger die schwierigen Begriffe des Vorjages und der Fahrlässigkeit vollständig übereinstimmend gefaßt hätten, so daß Differenzen in der Auffassung nicht mehr beständen. § 16 wurde schließlich unverändert genehmigt.

### Ein Unfall Könnedes.

Bagdad, 30. September. (Meuterei.) A Sunnake ist heute morgen beim Abflug vom Flughafen mit seiner Maschine abgestürzt. Die Maschine ist beschädigt, die Flieger blieben unversehrt. (M.Z.)

Bagdad, 30. Sept. Ueber den Unfall Könnedes beim Abflug von Bagdad wird gemeldet: Das Flugzeug brach bei seinem Abflug in Ruher und Sporn. Die nötigen Reparaturen werden mindestens vier Tage erfordern. Die deutschen Flieger hatten, Bagdad nächsten Dienstag verlassen zu können. (w.b.)

## Die Locarno-Nebel zerreißen.

### Sendoux über Wirkung und Möglichkeiten des Weizsäckers.

(Erobildung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 30. Sept. In einer Berliner politischen Zeitschrift veröffentlicht der ehemalige Direktor am Quai d'Orsay, Jacques Sendoux, einen Artikel, der überaus interessante Aufschlüsse darüber abt.

wie man in Frankreich die Locarno-Verträge ansieht. Sendoux unternimmt mit seinen Darlegungen nichts anderes, als den Versuch, den deutschen Locarno-Enthusiasten, deren Zahl durch das Verhalten Frankreichs ja inzwischen allerdings bereits auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist, klar zu machen, daß sie, wenn sie von der Locarno-Politik großen Einfluß auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und die Regelung von für Deutschland so wichtigen Fragen, wie der Besatzungsfrage erwarten, von ganz falscher Voraussetzungen ausgingen. Der Vertrag von Locarno, heißt es, genügt nicht, um eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herzustellen. Er ist ein Versprechen. Während Deutschland dachte, daß der Vertrag von Locarno ein Sichtwechsel sei, betrachte ihn Frankreich als Terminwechsel, und sei sehr erkrankt gewesen, als Deutschland zu wissen gab, daß es ihn sofort zu begeben wünsche. Die Forderungen Deutschlands erstreckten sich auf Punkte, die geregelt sind durch den Vertrag von Versailles oder durch Abkommen, die der Locarno-Pakt nicht abändern sollte.

Die Räumung des Rheinlandes, die Saarfrage, der Dawes-Plan sind Dinge, die mit Locarno nichts zu tun haben.

Daraus ist das Mißverständnis zwischen den beiden Ländern entstanden.

Diese Offenheit, mit der hier ein immerhin in seinem Lande einflussreicher Franzose die Locarno-Verträge all das zäuberischen Glanzes entkleidet, mit der mancher Kreise in Deutschland sie noch immer glauben umgeben zu müssen, ist begrüßenswert. Aus dem Munde eines Franzosen, der über recht nahe Beziehungen zum Quai d'Orsay verfügt, wird hier ganz nüchtern festgestellt, daß Deutschland sich schweren

Täuschungen hingab oder noch hingibt, wenn es denken sollte, daß die Locarno-Verträge irgend einen Einfluß auf die so schwerwiegenden Besatzungsfrage haben könnten. Man kann wohl ruhig sagen, wären diese Äußerungen früher erfolgt, so wären auch dem unheimlichen Deutschland unserer Wilhelmstraße viele, nur schwer verwundene Enttäuschungen erspart geblieben. Immerhin kommen sie noch nicht zu spät. Sendoux stellt fest, daß das gegenwärtige Frankreich mit dem einst so geliebten „Welt von Locarno“ nichts zu tun haben kann. Für Frankreich muß jedenfalls erst die Zeit ihrer Werk tun, und die Generation muß von der Bühne abgetreten sein, die den Krieg gesehen und unter ihm gelitten hat. Nun wissen wir es wenigstens: ehe an eine wirkliche Verständigung mit Frankreich zu denken sein wird, werden noch Jahrzehnte verstreichen.

denn selbst Sendoux, ein durchaus objektiver Politiker, kann sich von der sinnlosen Angst Frankreichs vor Deutschland nicht freimachen. Aus dieser irrigen Furcht vor dem militärisch doch völlig vernichteten Deutschland ergeben sich, wie die Sendoux mit Recht hervorhebt, alle die Demunitionen und Widerstände auf der Seite Frankreichs gegen eine wahrhafte Verständigung mit Deutschland. Sendoux verspricht sich von all dem Verständigungsstreben jetzt so gut wie nichts. Jedenfalls kann nach seiner Ansicht etwas Dauerndes jetzt noch nicht erreicht werden. „Nun, was man heute tun kann, hat den Charakter des Provisorischen.“ Im übrigen ist auch Sendoux als echter Franzose der Meinung, daß das deutsche Volk

### noch nicht genug Opfer

auf sich genommen hat. Wenn es soll „gewisse Genugtuungen“ erhalten, aber „ungefährte“ muß es gewisse Opfer bringen, die es heute noch nicht auf sich zu nehmen vermag, und die erst die Zukunft möglich machen wird. Es ist unmöglich heute schon deutlich zu sagen, welcher Art diese Genugtuungen und diese Opfer sein werden.

Man wird auf deutscher Seite Herr Sendoux für die Offenheit, mit der er uns seinen Meinungen teilt, dankbar sein können. Wir werden uns nun wenigstens, wenn Briand wieder mit vatheiltischen Worten Frankreich so stürmische Verständigungsbereitschaft darlegen sollte, dreifach vor Illusionen hüten.

## Der französisch-amerikanische Konflikt.

### Frankreichs Antwort auf die amerikanischen Forderungen.

London, 30. Sept. Die „Exchange Telegraph“ aus Paris berichtet, ist der französische Ministerat zu dem Entschluß gekommen, der amerikanischen Regierung zu antworten, daß Frankreich den Vereinigten Staaten keine wirtschaftliche Sonderkonzession gewähren könne, ohne von der amerikanischen Regierung die formale Zusage zu erhalten, daß in den kommenden Verhandlungen eine entsprechende Gegenkonzession gemacht wird. Die französische Regierung sei der Auffassung, daß Frankreich den Vereinigten Staaten die Reichsbesatzungsfrage nicht anknüpfen könnte, wenn Amerika Frankreich die gleiche Bergängnis gewährt, da sonst andere europäische Nationen, wie z. B. Deutschland, berechtigt wären, ebenfalls eine Sonderbehandlung zu verlangen.

Handelsminister Bokanowski hatte heute nachmittag mit dem amerikanischen Geschäftsträger, Vostkastrot Whittehouse, eine lange Unterredung über die französisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen. Ein Kommissariat wurde nicht ausgedrückt, da wie man im Handelsministerium erklärt, im Interesse der Verhandlungen in Zukunft Veröffentlichungen nur nach Verständigung zwischen beiden Ländern erfolgen werden. (W. T. B.)

### Das Pariser Kabinett beglückwünscht Briand.

Paris, 30. Sept. In dem heutigen Ministerrat, der in Rambouillet abgehalten wurde, berichtete Briand über die Arbeiten der letzten Völkerbundtagung. Der Ministerrat beglückwünschte Briand zu seinen Erfolgen. Der Ministerrat legte ferner die Antwort auf die letzte Note der Regierung der Vereinigten Staaten in der Frage der Zolltarife fest. Der Wiederzusammentritt der Kammern wurde für den 18. Oktober beschlossen. Falls die Kammer sich dafür aussprechen wird, soll der Kommunist Cadin freigelassen werden.

### Rakowski muß doch gehen!

Ein Beschluß des französischen Ministerrates.  
Paris, 30. Sept. Daran verbreitet folgende Auslassung: Man verliert heute abend in glaubwürdigen politischen Kreisen, daß der Ministerrat in seiner heutigen Sitzung sich mit der Frage der Beziehungen zu Sowjetrußland beschäftigt hat, obwohl das offizielle Kommuniqué darüber nichts enthält. Briand hat seine Kollegen über die Unterredung unterrichtet, die der französische Vostkastrot in Moskau, Odesse, mit den Vertretern Sowjetrußlands hatte. Es soll sich daraus ergeben, daß die Sowjetführer sich nicht

klar zu machen scheinen, daß die Verbeibaltung Rakowskis in Paris angesichts der durch seine Unterzeichnung des Mindehheitsmanifestes hervorgerufenen Vorkissen nicht geeignet ist, die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern. Unter diesen Umständen soll der Ministerat den Außenminister beauftragen haben, Odesse anzuweisen. Tschischerin bekanntzugeben, daß die französische Regierung entsprechend den diplomatischen Gepflogenheiten die Abberufung Rakowskis verlange, da dieser in Paris nicht mehr persona grata sei, doch solle er dabei auf seine eigenen Willen bestreiten, die Beziehungen zu Moskau nicht abbrechen. (M.Z.)

### Der Kampf gegen die Autonomisten.

Belagnahme der Straßburger „Wahrheit“.  
Paris, 30. Sept. Wie der Straßburger Korrespondent des „Temps“ berichtet, hat die Polizei gestern abend in den Geschäftsräumen der „Wahrheit“, die von Klaus Forn v. P. u. a. herausgegeben wird, die Nummer beschlagnahmt, die heute früh ausgegeben werden sollte. Gleichseitig wurde bestimmt, daß die Veröffentlichung der Zeitung verboten sei. Auch an den Zeitungsstößen wurden heute vormittag die bereits abgelieferten Nummern beschlagnahmt. Der Korrespondent des „Temps“ führt diese Maßnahmen auf „gehässige Artikel“ gegen Frankreich zurück, die geeignet seien, Unruhen hervorzurufen.

### Portugiesisch-englisches Kolonialgeschäft.

Berlin, 30. Sept. Nach einer Meldung aus Madrid entfällt der frühere portugiesische Kolonialminister Correia da Silva eine großangelegte Aktion, durch die wesentliche portugiesische Kolonien in Mozambique an England übertragen würden. Der wichtige Handelshafen Beira, der zugleich Ausgangspunkt der bedeutendsten afrikanischen Eisenbahnen ist, soll danach durch Ausnutzung eines in dem Konzessionsvertrag an eine englische Gesellschaft enthaltenen Paragrafen absolut in englische Hände gekommen sein. Da auch die bei Beira das Meer erreichende Bahnhöhle englischer Besitz ist, würde das portugiesische Mozambique dadurch völlig von einer englischen Einflusszone durchschnitten. Mehrere leitende Beamte der portugiesischen Kolonie haben darauf ihre Resignation niedergelegt. In Lisbon wird davon gesprochen, daß das Geschäft durch die Übergabe von Millionenrückzahlungen zustande gekommen ist.

Moskau, 30. Sept. Die Internationalisierte Rheinlands-Kommision hat den Weltkriegsplan für das besetzte Gebiet vortoten.